



Für den Erhalt der Lebensqualität: Initiative „Buirer für Buir“

Andreas Büttgen
Zum Hoover Feld 19
D-50170 Kerpen-Buir
02275-8971 / 0173-5146141

info@buirerfuerbuir.de
www.buirerfuerbuir.de
www.facebook.com/buirerfuerbuir
www.twitter.com/buirerfuerbuir

Buirer für Buir, Zum Hoover Feld 19, 50170 Kerpen

Buir, den 28. Januar 2019

PRESSEMITTEILUNG

12 Jahre Einsatz für Wald und Klima: Rettung des Hambacher Waldes bedeutet keine Bagger vor Buir sowie nachhaltige Stärkung von Lebensqualität und Zukunft

Die im Abschlussbericht der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung – auch Kohlekommission genannt – dokumentierten Ergebnisse bedeuten für die Menschen in Buir mit hoher Wahrscheinlichkeit den Erhalt des Hambacher Waldes und die Sicherheit einer weiterhin hohen Lebensqualität. Buir wird dann nicht Grubenrandort und bleibt weiter durch den Wald geschützt.

Eine zusätzliche Kapazitätsreduzierung von 3 Gigawatt Braunkohlestrom im Rheinischen Revier bis 2022 sowie insgesamt eine Reduzierung von gut 50% bis 2030 ist ein klares Signal für einen zügigen Ausstieg im Rheinland. Verbunden mit der klaren Botschaft, der Hambacher Wald ist haltenswert, bedeutet das aus unserer Sicht die Rettung unseres Waldes und damit auch das Beibehalten des Abstandes zum Tagebau Hambach. Der Wald wird die Menschen in Buir weiter vor den gesundheitsschädlichen Emissionen des Tagebaus, wie z.B. Feinstaub, Grobstaub, Licht und Lärm etc. schützen und einen hohen Freizeit- und Naherholungswert bieten.

„Für die Buirer ist der Beschluss der Kohlekommission richtungsweisend. Wir können Altes und Kostbares wie den Wald bewahren und damit Zukunft gewinnen“, so Andreas Büttgen von der Initiative Buirer für Buir. „12 Jahre haben wir hart dafür gearbeitet, dass uns der Wald weiter schützt – physisch wie seelisch – und dass wir im Rheinland einen Beitrag zum Schutz des Klimas leisten. Wir sind erleichtert und glücklich über diesen Ausgang, der noch vor einem Jahr kaum vorstellbar gewesen wäre“.

Nun wird es entscheidend sein, dass die Landesregierung schnell der Aufforderung der Kohlekommission nachkommt, mit den Betroffenen in der Region in den Dialog einzutreten. Denn es braucht nun für alle Betroffenen, unabhängig ob Umsiedler, Anrainer oder Mitarbeiter sozialverträgliche Lösungen. In diesem Sinne sind auch die Bürgerinnen und Bürger in der Neugestaltung ihres Umfeldes mit einzubeziehen. Wie in der „Revierperspektive Rheinland: Gutes Leben – Gute Arbeit“ (revierperspektiven-rheinland.de) beschrieben sollen über partizipative Prozesse die betroffenen Menschen teilhaben an der Gestaltung von Zukunftsperspektiven.

Wichtig für die Menschen in der Region sind deshalb jetzt auch klare Zeichen, wie ein Moratorium für die Buirer Nachbarorte Manheim und Morschenich. In Manheim muss die weitere Zerstörung sofort gestoppt werden – das gilt beispielsweise für die Kirche und die Kartbahn aber auch für den noch vorhandenen wertvollen Baumbestand. In Morschenich darf die Zerstörung erst gar nicht beginnen. Die Menschen müssen gemeinsam mit den Kommunen, der Bezirksregierung und dem Land erarbeiten, wie die Zukunft dieser Orte gestaltet werden soll und kann. Bis dahin dürfen durch den Tagebaubetreiber weder falsche Fakten noch irreparable Schäden geschaffen werden. Verhandlungen zu Umsiedlungen müssen auf Wunsch ausgesetzt werden.